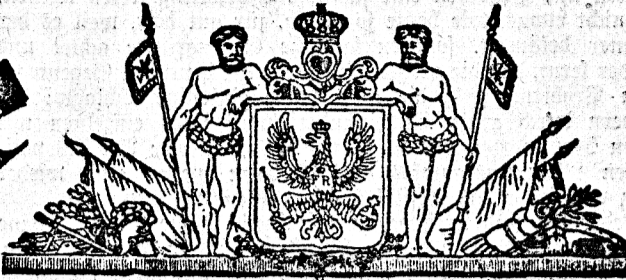


# Wossische



# Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Wossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn- und Festtags nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntagsbeilage, Allgemeine Verlosungstabelle, Kurszettel der Berliner Börse.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend monatl. 7,50 M., durch eigene Boten tägl. zweimal frei ins Haus; durch die Post 5.— M. (ohne Bestellg.). Anzeigen: Zeile 2.— M. u. 70% Teuerungszuschlag, Familienanzeigen 1,25 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22/26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22/26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 851, sowie 15 277, 15 281, 15 282 bis 15 298

## Erzberger vorläufig beurlaubt.

### Zur Klärung der Steuerdeklarationen

Berlin, 24. Februar. (Amtlich.)

Nach Bekanntgabe der geköhlerten Steuerakten des Reichsfinanzministers Erzberger in der Presse hat dieser unverzüglich beim Finanzamt in Charlottenburg eine Untersuchung gegen sich veranlaßt und damit seinerseits auf jede materielle Erwiderung in der Presse verzichtet, die der Untersuchung vorgreifen konnte. Gleichzeitig hat er den Herrn Reichspräsidenten gebeten, ihn bis zum Abschluß dieser Untersuchung von der Wahrnehmung seiner Dienstgeschäfte zu entbinden, damit auch nicht der Schein eines Druckes auf die Untersuchung des Finanzamts fallen möge. Der Herr Reichspräsident hat dem Ersuchen des Reichsfinanzministers nunmehr entsprochen und angeordnet, die Untersuchung mit tunlichster Beschleunigung durchzuführen und ihm sofort Bericht über das Ergebnis zu erstatten. Mit der Stellvertretung des Ministers ist der Unterstaatssekretär Böse beauftragt.

Wie wir erfahren, ist der Reichsfinanzminister zu seinem Antrag auf Suspendierung vom Amte lediglich durch den Vorwurf der falschen Steuererklärung, nicht aber durch den bisherigen Verlauf des Prozesses gegen Helfferich veranlaßt worden.

Die „Köln. Volksztg.“, das rheinische Zentrumblatt, stellt in ihrer vorgestrigen Nummer folgendes fest: „Durch den Verlauf des Helfferich-Prozesses und die neuen Anklagen in Bezug auf seine Steuerdeklarationen gilt die Stellung des Herrn Reichsfinanzministers hier und da als erschüttert. Eine derartige Erschütterung zu konstatieren, sind natürlich vor allem die eingeschworenen Gegner Erzbergers auf der Rechten nur allzu gern bereit. Wir lehnen es im gegenwärtigen Augenblick ab, ein abschließendes Urteil über Herrn Erzberger zu fällen. Wenn der richtige Augenblick gekommen und noch weitere Klärung eingetreten ist, werden wir mit unserer Meinung nicht zurückhalten. Das erste Wort in der Erzberger-Angelegenheit gebührt aber zweifellos, soweit unsere Partei in Betracht kommt, der Zentrumsfraktion der Deutschen Nationalversammlung. Sie wird in erster Linie darüber zu entscheiden haben, welche Konsequenzen für oder gegen Herrn Erzberger aus den mit seinem Namen verbundenen Affären zu ziehen sind.“

## Aufgaben der Jugend.

Von

Wilhelm Rommelen,

Vorsitzendem des Reichsbundes demokratischer Studentenvereine.

Es ist eine Begleitercheinung der Revolution gewesen, daß alle Parteien sich eine Jugendorganisation geschaffen oder die schon vorhandenen Ansätze einer solchen mehr oder minder erfolgreich ausgebaut haben. Für die Sache ist dabei ganz gleichgültig, ob diese Organisationen äußerlich mehr oder weniger mit der betreffenden Partei verbunden sind, tatsächlich ist dadurch erreicht, daß auch die deutsche Jugend heute parteipolitisch gespalten ist. Es wird das viel und mit Recht bedauert. Die Parteibegeisterung ist ja bereits in die Schule getragen, und obwohl sich alle Verständigen darüber einig sind, daß sie aus der Schule wieder heraus muß, bleibt es doch überall bei schönen Worten. Alle äußeren Maßnahmen können auch nichts nützen, solange unser öffentliches Leben fast ausschließlich vom Parteistandpunkt beherrscht wird und auch die parteipolitischen Jugendbewegungen sich von dem negierenden Geist der Parteibegeisterung nicht freihalten.

Aber dies Bild einer parteipolitisch verhetzten und zerrissenen Jugend, wie es der Außenstehende im großen und ganzen allein sieht, ist sehr einseitig und äußerlich, und zeigt zum mindesten nicht die vorteilhafteste Seite der deutschen Jugend von heute. Gerade im Gegensatz zu der parteipolitischen Zerrissenheit geht fast durch die gesamte deutsche Jugend ein tiefes, innerliches Sehnen, über all die Gegensätze hinweg, die unser Volk heute zerreißen, sich wieder des uns allen Gemeinsamen bewußt zu werden und ein neues Gefühl der Einheit und Zusammengehörigkeit aller Klassen und Parteien zu schaffen. Dieses Streben geht überall von ganz verschiedenen Gesichtspunkten aus, sei es vom Nationalgefühl, vom sozialen Denken oder rein menschlichem Empfinden; letzten Endes ist das alles dasselbe und geht bewußt oder unbewußt auf das große Ziel zu, auf der Grundlage eines neuen und reineren Verhältnisses von Mensch zu Mensch eine neue Volksgemeinschaft und nationale Einheit entstehen zu lassen.

Diese immer stärker werdende Bewegung in der deutschen Jugend ist vielleicht das einzig wahrhaft Gesunde in unserem heutigen Volksleben, und sicherlich das einzige, was zur Öffnung auf eine bessere Zukunft unseres Vaterlandes berechtigt. Es kommt aber darauf an, dieses Streben der Jugend für den Wiederaufbau praktisch nutzbar zu machen und zu verhindern, daß es wieder im politischen Tageskampf untergeht, noch sich in das Reich der der Wirklichkeit fremden und daher wirkungslosen Utopie verliert. Es muß vielmehr erreicht werden, daß von dieser Jugendbewegung aus in alle Adern unseres kranken Volkskörpers gesundes, frisches Blut fließt.

Die parteipolitischen Jugendorganisationen haben bisher nicht verstanden, neben ihren engeren Zielen auch dies allgemeine Streben der Jugend zum Ausdruck zu bringen. Sie haben sich leider nur allzusehr in die Hände von Leuten gegeben, die über die Parteizwänge nicht hinüberblicken können, und haben die allgemeine Bewegung mehr gefördert als gemindert. Die Folge hiervon und von der ganzen Art des Auftretens unserer politischen Parteien ist, daß sich die Masse der Jugend immer mehr von den bestehenden Parteien abwendet und neue Wege zu gehen versucht.

Als ein solcher Weg wird von vielen Seiten die Gründung einer „Jugendpartei“ betrachtet, aber er kann kaum zum Ziele führen. Eine Jugendpartei ist ein Widerspruch in sich selbst. Außerdem würde eine Zusammenfassung in eine feste Organisation — mag man sie nun Partei nennen oder nicht — unmöglich sein, ohne zu all den brennenden Tagesfragen irgendwie Stellung zu nehmen, und man würde gestungen sein, mag man auch noch so weitherzig dabei vorgehen, irgendwelche Grenzen zu setzen und Teile der Jugend auszuschließen, was ja gerade vermieden werden soll. Auch zeigt die Erfahrung, daß solche festen Organisationen bewußt oder unbewußt nur allzu leicht in ein bestimmtes politisches Jahresschema verfallen.

Es liegt nahe, daß man von diesem Standpunkt aus zur Ablehnung des Parteiwesens überhaupt kommt, und in der Tat ist die Überwindung der politischen Parteien durch die Jugend ein Schlagtruf für weite Kreise der Jugend geworden. Es soll hier nicht besprochen werden, wie weit die Verwirklichung dieses Zieles überhaupt möglich ist, wie weit eine Umbildung der jetzigen politischen Parteien zu neuen Parteibildungen oder etwa zu ganz neuen Ausdrucksformen des Volkswillens wahrscheinlich oder wünschenswert ist. Klar ist aber jedenfalls, daß jegliche Umbildung unseres politischen Lebens sich nicht vollziehen kann, ohne die Mitwirkung der heutigen Parteien, die nun einmal die Macht haben, und es ist daher eine ungeheure Gefahr, daß gerade die besten Kräfte der Jugend den heutigen Parteien und der Mitarbeit in ihren Jugendorganisationen in immerwährendem Maße den Rücken kehren.

Es wird bei dem Streben nach dem Gemeinsamen heute von weiten Kreisen der Jugend vergessen, daß, in welchem Formate sich der Volkswille auch immer ausdrücken mag, es immer Gegensätze geben wird und daß die Überwindung aller Gegensätze eine Utopie ist. Das Ungeheure an unserem Staatsleben ist ja nicht, daß es Gegensätze aller Art gibt, und liegt nicht

## Die Verhandlungen über die Reichseisenbahnen.

Einer unserer Mitarbeiter hatte eine Unterredung mit Unterstaatssekretär im Reichsverkehrsministerium Stiller, dem früheren Präsidenten der Württembergischen Eisenbahn, über den jetzigen Stand der Verhandlungen zwischen Reich und Staaten.

Der Unterstaatssekretär führte u. a. aus: In vielen Punkten ist eine Einigkeit bereits erreicht; in manchen Punkten jedoch wird der Status zwischen Reich und Staat erst später endgültig festgelegt werden können.

Was Tarifabschlüsse mit dem Auslande anbetrifft, so tritt das Reich selbstverständlich in solche Abschlüsse, die etwa bestehen sollten, automatisch ein. Dem Auslande selbst kann es natürlich gleichgültig sein, ob ein Einzelstaat oder das Reich abgeschlossene Verträge erfüllt. Außerdem aber bestehen zurzeit so gut wie gar keine Verträge mit dem Auslande, so daß in dieser Frage irgendwelche Schwierigkeiten nicht entstehen könnten.

Die Beamten der einzelstaatlichen Verwaltungen werden sämtlich vom Reiche übernommen, haben aber ein Rücktrittsrecht.

Den gegenwärtigen Zustand, d. h. die bisher getroffenen Vereinbarungen, könnte man am besten mit dem Worte „Notdach“ bezeichnen, nach dessen Errichtung erst an die eigentliche Organisation der Reichseisenbahn herangetreten werden kann. Diese Organisation wird unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und technischen Gesichtspunkte erfolgen. Augenblicklich wird die praktische Ueberleitung der Geschäfte so vollzogen, daß der Reichsverkehrsminister sobald wie möglich alle Geschäfte in seine Hand bekommt, damit er dann auch die ganze Verantwortung übernehmen kann. Hierzu gehört in erster Linie das unbeschränkte Anordnungsrecht. Im übrigen werden die staatlichen Eisenbahnbehörden im wesentlichen die Geschäftsführung weiter beibehalten. Wo die bisherigen Eisenbahnverwaltungen für die Uebergangszeit bestehen bleiben, werden sie natürlich ohne Minister und ohne Betätigung der einzelstaatlichen Landtage arbeiten.

Was nun die Verwendung eines etwaigen Ueberschusses anbetrifft, so wird es natürlich das erste Bestreben sein, die Ausgaben durch die Einnahmen zu decken. Etwaige Ueberschüsse würden nicht den allgemeinen Finanzen zugute kommen, sondern mindestens so lange der Eisenbahn vorbehalten bleiben, bis diese eine sichere, finanzielle Grundlage für ihre verfassungsmäßige Sonderstellung gewonnen hat. Die Einzelheiten hierzu werden in einem besonderen Eisenbahngesetz festgelegt werden, aber es sei — dies betonte der Unterstaatssekretär — leider in absehbarer Zeit auf keinen Ueberschuss zu rechnen, hat doch im letzten Jahre die preussische Eisenbahn einen Verlust von vier Milliarden Mark aufzuweisen.

Schließlich kam auch noch die Berücksichtigung der Wünsche der Einzelstaaten zur Sprache. Dieser Punkt ist noch nicht spruchreif. Der Unterstaatssekretär hob aber hervor, daß die

Wünsche der verschiedenen Länder unter Schonung ihrer politischen Verhältnisse volle Berücksichtigung finden würden.

Der Reichspostminister hat den Verkehrsbeirat des Reichspostministeriums für den 2. März zu einer Sitzung eingeladen, in der über eine Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeldern beraten werden soll.

## Wirtschaftsverhandlungen in London.

Drahtmeldung.

Paris, 24. Februar. (W. T. B.)

Da Ende dieser Woche in London Fragen wirtschaftlicher Art besprochen werden sollen, hat Ministerpräsident Millerand den französischen Finanzminister Marsal eiligst nach London berufen. Im Laufe dieser Beratungen soll auch die Frage des Wechselkurses besprochen werden.

Einer Baseler D. A.-Meldung zufolge berichtet die „Reforminformation“ aus London: Die Verbandskommission beschloß, zur Festsetzung der von Deutschland zu fordernden Entschädigungssumme die Sachverständigen der Alliierten in der nächsten Woche nach Paris einzuberufen, damit die Entschädigungsansprüche innerhalb der nächsten drei Monate an Deutschland überreicht werden könnten. Außer den Zahlungen in Gold, die auf eine längere Zeit verteilt sind, wollen die Verbündeten eine Liste von deutschen Waren aufstellen, die ausschließlich an die Alliierten geliefert werden müssen.

Nach einer Meldung der „Morning Post“ vom 21. Februar ist in London eine amtliche deutsche Finanzkommission angekommen, die beauftragt ist, alle zwischen Deutschland und England schwebenden finanziellen Fragen, die sich aus dem Friedensschluß ergeben, klarzustellen. Die Kommission setzt sich aus dem ehemaligen Gouverneur von Deutsch-Neu-Guinea, Dr. Haber, Geheimrat Lenze und den Herren Schulz und Schubert zusammen.

Zum Ablieferungskommissar der Handelsflotte wurde Direktor Veder in Hamburg und zu dessen ständigem Stellvertreter Direktor Große-Hamburg bestellt.

## Deutsch-polnische Wirtschaftsberatungen.

Drahtmeldung.

Warschau, 23. Februar. (W. T. B.)

Seute begannen im Ministerium des Auswärtigen die Beratungen über die Regelung des Bahn-, Post-, Telegraphen-, Post- und Zollverkehrs zwischen Polen und Deutschland, dem Freistaat Danzig und dem Abstimmungsgebiet. An diesen Beratungen nehmen Delegierte aus Deutschland und Danzig und Vertreter der Abstimmungs-Ausschüsse der Verbündeten teil. Von polnischer Seite führt den Vorsitz der Direktor des Departements für äußere Angelegenheiten Dżiewski. U. a. wird bei den Beratungen die Frage des baldmöglichsten direkten Bahn-, Post-, Telegraphen- und Telefonverkehrs zwischen Polen und den Abstimmungsgebieten erörtert werden.